

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3240

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3240



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Perfide links-grüne Desinformation

Alles paletti?

Von Ulrich Schlüer, Chefredaktor «Schweizerzeit»

Ein nicht zu unterschätzendes Kartell von linksgrünen Ideologen und ähnlich gelagerten Medienleuten beherrscht innenpolitisch die Szene mit dem Ziel, die Schweizer KMU-Wirtschaft zum Verschwinden zu bringen.

Eigentliche Jubelmeldungen als angebliches Abbild heutiger Wirtschaftswelt dominieren mittels sorgfältiger Auswahl von zu Berichtendem und gezielt nicht zu Berichtendem seit Wochen Schlagzeilen und Frontseiten der gedruckten und die Berichterstattung in den elektronischen Medien.

Berichtet wird...

Die Wirtschaftswelt, wird dem Publikum weisgemacht, stehe unmittelbar vor markantem Wiederaufschwung. Alle Indikatoren würden die Ansätze zu neuem Wachstum dokumentieren. Auch sei – dies gelte ausdrücklich auch für die Schweiz – kaum etwas von Arbeitslosigkeit auszumachen. Und alle Gemeinden könnten überschäumend frohe Kunde verbreiten: Von Einbruch der Steuereinnahmen sei nichts zu verspüren. Sozusagen alle Gemeinden könnten markant bessere Abschlüsse als budgetiert ausweisen. Befürchtungen von Corona-Einbussen müssten schleunigst revidiert werden.

So hört und liest man allenthalben: Die Welt zeigt sich himmelblau.

Nicht berichtet wird...

Himmelblau jedenfalls für jene, die nie gelernt haben, zwischen den Zeilen zu lesen. Also zu erkennen, dass all die dutzendfach verbreiteten Erfolgsmeldungen andere Tatsachen, die man der öffentlichen Diskussion unbedingt entziehen will, gezielt verdecken.

Äusserlich stimmt, dass die Summe aller Arbeitsplätze nicht dramatisch gesunken ist. Dies, weil die Staatsbürokratie auch in Corona-Zeiten – teils gerade wegen Corona – ungebremst ausgewuchert ist: Für all die akribische Kontrolle

eingesperrter Bürgerinnen und Bürger sowie spitzfindiger Regulierung unterworfenen Betriebe. Aber auch, weil weiterhin unverdrossen selbst für Unsinnigstes laufend neue Zweige der Funktionsbürokratie neu geschaffen werden. In Zürich zum Beispiel eine «Fachkommission» zwecks Beratung des Stadtrats im Hinblick auf die Ausmerzung als rassistisch vermuteter Häuser-Namen. Gezielt wird dabei zum Beispiel auf das seit Jahrzehnten die Zwinglistadt schmückende «Haus zum Mohrenkopf». Dieses Haus, meint die personell und salärmässig gut dotierte Spezialkommission, würde die «kolonialistische Vergangenheit Zürichs» unzulässig beschönigen – weshalb sein Name auszumerzen sei. Während KMU-Unternehmer ums Überleben kämpfen, stellt das grünrote Zürich grünrote Spezialisten zum Thema «Häuser-Rassismus» ein...

Auch verschweigt Bundesberns Arbeitsplatz-Zählbürokratie, dass noch immer mehrere hunderttausend Arbeitnehmer von Kurzarbeit profitieren. Deren Saläre werden folglich nicht aus erbrachter Wirtschaftsleistung bezahlt. Der Steuerzahler wird zur Kasse gebeten – ungeheure Schuldenlöcher den derzeitigen Jungen vererbend.

Allein in KMU-Betrieben, die durch obrigkeitliche Verfügung während Monaten von allen Einkünften abgeschnitten wurden, mussten in den letzten Monaten dreissigtausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen werden. Ob sie sich für die Häuser-Rassimus-Kommission eignen, welche die Steuerzahler Zürichs zum Gaudium ihrer linksgrünen Stadtregierung zu finanzieren haben, darf freilich bezweifelt werden.

Informationslücken noch und noch

Noch dürftiger gehen Medien und Staatsfunktionäre mit der Wahrheit um bezüglich der angeblich bei allen Gemeinden munter sprudelnden Steuereinnahmen. Die derzeit vermeldeten Rekordzahlen zu den Steuereingängen fussen auf den noch 2019 – vor Corona! – erzielten Einkommen. Sie sagen nichts, überhaupt nichts aus zu den Steuerlücken, die erst 2020 als Folge der obrigkeitlichen Wirtschafts-Stilllegungsbeschlüsse entstanden sind.

Und in jeder Beziehung bizarr sind die Erfolgsmeldungen zur Einwanderung. Sie verraten vor allem, dass selbst während Lockdown-Zeiten mit angeblicher Grenzschliessung und für Hiesige stark eingeschränkter Reisefreiheit die Masseneinwanderung im Rahmen von Familiennachzug, aber auch für mit Asyl-Vorwand Einreisende frisch-fröhlich weitergegangen ist. Zu Kosovo – nur weil dort die Swissscoy-Soldaten nutzlos herumstehen – wurde die Reisefreiheit nie eingeschränkt, was in nicht wenigen Fällen bewirkte, dass von Reisefreiheit profitierendes Personal aus Kosovo Corona selbst in hiesige Alters- und Pflegeheime eingeschleppt hat. Die hiesigen Senioren wurden monatelang eingesperrt, während das

Personal aus Kosovo aller bedenklichen Folgen zum Trotz volle Reisefreiheit geniessen konnte. So verfügte es Bundesbern.

Vollends unterbleibt jeder Hinweis in den Medien, dass mit der ungebremsen Einwanderung in bedeutendem Ausmass Massenimport von Sozialhilfe-Abhängigen Tatsache geworden ist – zu Lasten keineswegs derer, die für diesen Import verantwortlich sind, vielmehr zu Lasten der Steuerzahler, die bereits unter dem Corona-bedingten Wirtschafts-Stillstand zur Ader gelassen werden.

Das Motiv

Welche Interessen stehen hinter solch gezielt verzerrender Berichterstattung, verantwortet vom Kartell «informierender» Staatsstellen und diesen zu Füssen liegender Medien?

Finden die sorgfältig orchestrierten Ablenkungsmanöver etwa statt, weil die linksgrün beherrschte Bürokratie ernsthaft befürchtet, in der Öffentlichkeit könnte bald einmal der Ruf nach «Opfersymmetrie» bezüglich Bewältigung der Corona-Finanzlücken laut werden?

In der Tat: Massivste, aus Corona resultierende Opfer haben bis heute in allererster Linie die behördlich stillgelegten KMU-Betriebe mit ihren zu Tausenden entlassenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu tragen. Diejenigen, die den Stillstand verfügt und dessen Durchsetzung akribisch überwacht und vollzogen haben, mussten bisher nicht das geringste Opfer zugunsten der Allgemeinheit auf sich nehmen. Um keinen einzigen Rappen wurden ihre Funktionärssaläre gekürzt, während die KMU-Unternehmer von Einnahmen rigoros abgeschnitten wurden. Der Ruf nach Opfersymmetrie ist überfällig!

Forderungen von SOS KMU

Seitens «Schweizerzeit» und der von ihr ins Leben gerufenen Aktion SOS KMU wird diese Opfersymmetrie mit allem Nachdruck gefordert: Sollen die obrigkeitlich massiv beeinträchtigten KMU-Unternehmen mit ihren vielhunderttausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern je wieder auf gesunde Beine kommen und konkurrenzfähig werden gegenüber den massiv gewachsenen Online-Giganten, dann müssen sie vom Staat, der ihnen die monatelange Stilllegung auferlegt hat, deutlich und dauerhaft entlastet werden.

Nicht durch Subventionen! Vielmehr durch markante Eindämmung der sie gängelnden und melkenden Staatsbürokratie: Zwanzig Prozent Bürokratie-Abbau personell und finanziell! Diese Forderung muss erfüllt werden, auf dass der KMU-Wirtschaft, Rückgrat unserer Volkswirtschaft, das Aufblühen wieder ermöglicht wird. Die erste Etappe dazu ist die Ablehnung des CO₂-Gesetzes am 13. Juni, das

– unter Schonung aller vom Staat finanzierten Funktionäre – die KMU-Betriebe erneut massivst schröpfen, vielfach zu Tode schröpfen wird.

Auf dass diese gut begründete Forderung nicht verbreitet werde: Dazu läuft derzeit die von Rot-Grün und ihren Adlaten inszenierte Propaganda-Offensive, wonach bezüglich Wirtschaft in der Schweiz «alles paletti sei».

Ulrich Schluer